

## Warum (immer noch) partizipative TA?

Leonhard Hennen

Nach mehr als 25 Jahren Praxis und theoretisch konzeptioneller Debatte über Partizipation im Rahmen von S&T Governance ist eine deutliche Ernüchterung in der Beurteilung von PTA eingetreten. Ebenso wie die ehemals hochfliegenden Erwartungen an das deliberative, demokratische Potential von PTA ruht aber auch die aktuell vorwiegende Skepsis, die sich u.a. an der Tatsache begrenzter politisch-öffentlicher Wirksamkeit festmacht, auf einer kaum durch empirische Untersuchungen gestützten Wissensbasis zu Rolle und Wirkung von partizipativer TA auf. Während partizipative Verfahren durch Begleitforschung relativ häufig hinsichtlich der Qualität des Prozesses (Fairness, Unparteilichkeit, Empowerment, Lernprozesse der Beteiligten etc.) evaluiert werden, steht nach wie vor eine systematische Untersuchung der Wirkung ihrer Ergebnisse aus.

Dieses Defizit wird auch durch diesen Beitrag nicht behoben werden können. In der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Topoi aktueller (sozialwissenschaftlicher) Kritik an partizipativer TA wird aber versucht, das Pro und Kontra zumindest in theoretisch-konzeptioneller Hinsicht aufzuarbeiten. Als in der Tat problematische Aspekte werden dabei die unklare formale politische Rolle partizipativer Verfahren sowie der unklare bzw. umstrittene epistemische Status von Laienwissen diskutiert. Insgesamt lässt sich dies als Problem der Definition und des politischen Status von „technological citizenship“ verstehen.

Der Beitrag zielt darauf ab, zu begründen, warum - trotz dieser Probleme und trotz der begrenzten politischen Wirkung der Verfahren - Partizipation ein unverzichtbarer Bestandteil von TA ist. Diese Begründung arbeitet sich an den drei Zielsetzungen und Ansprüchen ab, mit denen partizipative TA in der Regel legitimiert, und an denen sie gemessen wird:

- 1) Partizipative TA ist eine qualitative (wissenschaftliche) Methode, die Einstellungen, Interessen und Argumentationsmuster von Laien im Hinblick auf komplexe Fragen der Wissenschaft-und Technologiepolitik zu erheben und kann in dieser Hinsicht die Wissensgrundlage politischer Entscheidungen verbessern.
- 2) Als auf Deliberation verpflichtete „mini publics“ eröffnen partizipative TA-Verfahren die Möglichkeit, öffentliche Technikdebatten anzuregen und zu informieren – d.h. zu einem informierten öffentlichen Diskurs beizutragen.
- 3) Partizipative TA ist ein Mittel, solchen Stimmen, die in politischen Debatten und Entscheidungsprozessen nicht oder nur unzureichend repräsentiert sind, eine Stimme zu verschaffen und kann in dieser Hinsicht zur Verbesserung der Responsivität und Legitimität politischer Entscheidungen beitragen.

Es wird argumentiert, dass diese drei Begründungszusammenhänge nicht gegeneinander austauschbar, sondern insgesamt konstitutiv für die Idee von partizipativer TA, wie von TA überhaupt sind – sofern man TA nicht als akademische sondern als politikberatende Veranstaltung versteht. Die als Reaktion auf Kritik naheliegende Option einer „Engführung“ partizipativer Verfahren auf den Status TA-spezifischer Instrumente qualitativer Sozialforschung zur Erhebung von Ansprüchen, Meinungen und Erwartungen von Laien ist daher weder wünschbar noch eigentlich praktikabel.